

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Zimmernann

Druck und Verlag
C. Zimmernanns Buchdruckerei,
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 ge-
haltene Zeilen oder deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 50 Fernsprecher Dienstag, den 29. April 1930. Nummer 37 36. Jahrgang

— Berlin, den 28. April 1930.

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg ist von den Berliner nach Berlin zurückgekehrt.
— Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wurde bei seiner über Paris und London befristet begründet.
— Staatssekretär von Simion hat sich entschlossen, im Interesse der Fortführung der Saarverhandlungen nicht an der heute in Genf beginnenden Tagung des Sicherheitsrates teilzunehmen.
— In Würzburg fand der 33. deutsche Bodenreformertag statt: etwa 600 Vertreter nahmen an der Tagung teil.
— In Magdeburg wurden die Kommunisten Fritz Bräuns und Fritz und Alfred Wahrs aus Freiheit als unangehörige an den blutigen Ausschreitungen in Leipzig verurteilt.
— In Weizsäcker wurde der 23. außerordentliche deutsche Kongress der Deutschen Arbeitervereine abgehalten.
— In der schottischen Orkney-Inseln wurde ein Feuer ausgedrungen. Die Ursache ist noch unbekannt.
— In Mexiko wurde von Indianern ein norwegischer Arbeiter ermordet. Acht Indianer, die an dem Mord beteiligt sind, wurden verurteilt.

Anflarheit im Reichstag.

— Berlin, 28. April.
Wenn der Reichstag am Freitag seine Plenarverhandlungen nach den Osterferien wieder aufnimmt, wird er finden, daß sich die parlamentarische Lage während der Verhandlungspause nicht geändert hat. Die Lage vor wie nach der Gefahr eines „kurzschlüssigen“ mit der Möglichkeit baldiger Neuwahlen zu rechnen.

Die Tagung des Vorstandes der Deutschnationalen Partei, von der vielfach eine Klärung der innerpolitischen Lage erwartet wurde, hat eine Entscheidung nicht gebracht. Der Parteivorstand hat sein Bedauern über die Unterbrechung der Regierung Brünning durch einen Teil der deutschnationalen Fraktion ausgesprochen, im übrigen aber darauf verzichtet, die Na-Eger zu mangeln. Die von einzelnen Landesverbänden geleiteten Anträge sind nicht zur Abstimmung gelangt.
Für die weitere innerpolitische Entwicklung ist aber nicht die Behandlung der letzten Auseinandersetzungen von Bedeutung, vielmehr kommt es hier darauf an, welche Haltung die deutschnationale Reichstagsfraktion in Zukunft einnehmen wird. Eine gesonderte Stimmabgabe der Deutschnationalen gegen die Reichsregierung — das gilt auch heute noch — würde das Kabinett Brünning unbedingt in die Minorität verlegen und deshalb mit der sofortigen Auflösung des Reichstags beantwortet werden.
Die Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes läßt nun keinen Zweifel darüber, daß die Partei die Regierung Brünning bekämpft, obwohl für die Begründung dieser Haltung wird auf die Außen- und Handelsvertragspolitik der Regierung verwiesen, ferner auf Preußen, den Reichstag und Deutschland mit der Sozialdemokratie regieren. Veränderungen nach dieser Richtung sind aber gegenwärtig nicht zu erwarten. Es kommt somit alles darauf an, ob die deutschnationale Fraktion sich veranlaßt sehen wird, Maßnahmen zu machen.

Für die Regierung schafft das natürlich eine unangenehme Lage. Der Kanzler weiß niemals im voraus, wie vieler Stimmen er sicher ist. Und d. h. der Reichstagsler muß einige weitere Wochen das Lösungsdekret händig mit sich herumtragen. Aber auch für die deutschnationale Fraktion eröffnen sich nunmehr wenig erfreuliche Aussichten. Die grundsätzlichen Fragen, um die es vor allem zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, sind offen geblieben und können so die Fraktion in entscheidenden Augenblicken leicht wieder in Situationen führen, die denen vom 12. und 14. April ähnlich sind. Man hat zwar der Parteivorstand beschließen, daß die Entschließung über die Geltung von Ausnahmen der Partei- und Fraktionsführung überlassen bleiben soll, doch nimmt das der Fraktion die nervenaufreibende Arbeit der Klärung nicht ab.
Wahrscheinlich wird die Entscheidung über den innerpolitischen Kurs die jetzt noch einmal vertagt werden ist, bald nachgeholt werden müssen. Auf der Tagesordnung der nächsten Plenarverhandlungen im Reichstag steht die Beratung des neuen Haushaltsplanes mit den damit verbundenen Massenabstimmungen im Plenum und in den Ausschüssen. Abgestimmt werden muß über die einzelnen Haushaltsartikel, über Mißtrauens- und Vertrauensanträge. Während aber sonst die eigentliche Entscheidung schon seitens der Kommissionen im Reichstag vorgenommen, muß diesmal die Entscheidung erst im Plenum selbst herbeigeführt werden.

Der zunehmende Einfluß, den jede Unsicherheit ausübt, kann natürlich bei der Regierung und bei der deutschnationalen Fraktion selbst den Wunsch aufkommen lassen, durch tatsächliche Maßnahmen noch „vor der Zeit“ eine Klärung herbeizuführen. So hört man bereits davon, daß die Mehrheit der deutschnationalen Fraktion, die vor ihrem Brünning unterliegt hat, in den nächsten Tagen eine Sondersitzung abhalten will, um sich mit dem Beisatz des Parteivorstandes zu beraten. Das Ziel dieser Gruppe ist die Steuerung eines kurzen der „verantwortungsbedürftigen Opposition“, sie will das Kabinett Brünning in seiner jetzigen Zusammenfassung zwar nicht durchweg stützen, es andererseits aber auch nicht stützen, ohne daß sie vorher weiß, was nachher kommen wird. Das Kabinett Brünning-Schiele soll so in die Lage versetzt werden, zu zeigen, was es für die Rettung der Landwirtschaft und des deutschen Lebens tun kann.

Die Reichstagsabgeordneten werden also nicht in der besten Stimmung aus den Ferien zurückkehren; statt angenehmer Sommerferien kann es in den Sommermonaten Wahlkämpfe geben.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat vor seiner Vertagung noch eine Entschließung zum Reichstagsgulege gefaßt, in der gegen die Stellungnahme des dem Zentrum angehörenden Reichsinnenministers Dr. Wirth opponiert und die baldige Beratung des deutschnationalen Schulgesetzentwurfs gefordert wird.

Kirche und Ehre.

Evangelisch-katholische Ansprache. — Referenten: Generalinspektorin Dibelius und Bischof Dr. Schreiber. — Berlin, 28. April.

Der Preussische Nichterverein veranstaltete eine evangelisch-katholische Ansprache über das Thema: Gedanken über die Wandlung des Eherechts.

Für die evangelische Kirche sprach der Generalinspektorin Dr. Dibelius, der ausführt, die Gegenwart zwingt das evangelische Christentum, zu erklären, daß es auch von evangelischer Seite bestimmte Grundzüge bezüglich des Eherechts habe. Das evangelische Christentum ist gebunden an die Vorschriften des neuen Testaments über die großen Fragen des Menschengechlechts.
Martin Luther habe die persönliche Beziehung zwischen Mann und Frau, die zur Ehe führe, sehr wohl gewürdigt, aber dann immer wieder betont, daß die Ehe einen „Stand“ bedeute und daß solcher Stand nicht nur Glück, sondern auch Pflicht sei und eine Last, die in Gottes Namen getragen werden müsse.

Zu dem Eheproblem der Gegenwart bemerkte Generalinspektorin Dibelius, die Scheidungspraxis der Kirche sei sehr unerschrocken, weil sie zur Unmoralität zwingt. Es werde daher auch von gläubigen Menschen verlangt, daß die Unmöglichkeit durch Erleichterung der Ehescheidung beseitigt werden müsse. Die evangelische Kirche werde stets ihr non possumus sprechen, wenn an dem Wort getreut werden sollte „was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden“. Darum ließe sie auf dem Grundsatze der Unauflöslichkeit der Ehe. Von diesem Grundsatze lasse sie jedoch diskutieren. Die Kameradschaft habe die Ewigscheit fädeln völlig aus. Aufgabe der evangelischen Kirche werde es sein, an dem festzuhalten, was festgehalten sei.
Diskutabel sei der Vorschlag des Geheimrats Kahl, eine Ehe zu schließen, wenn sie seit einer bestimmten Zeit nicht mehr bestünde und auch nicht mehr zu erwarten sei, daß sie wiederherzustellen ist. Angesichts des jetzigen moralischen Zustandes sei es jedoch eine große Frage, ob man bestehende Bindungen lockern dürfe. Er persönlich habe nicht den Mut, die Verantwortung zu übernehmen.

Als Vertreter der Katholiken sprach der Apostolische Administrator von Berlin, Bischof Dr. Schreiber. Auch der Katholik, so betonte Bischof Dr. Schreiber, berufe sich hinsichtlich der Ehe auf die gleichen Bibelfeststellungen wie D. Dibelius.
Die katholische Kirche setze jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Möglichkeit zur Ehescheidung der Ehe überhaupt nicht gegeben sei. Die Kirche könne nur eine Ehe für ungültig erklären; daneben gestalte sie nur die Trennung von Tisch und Bett. Die Ehe sei ein Vertrag, bei dem auch Familie und Staat mitbeteiligt seien. Die Unauflöslichkeit dieses Vertrags liege im Interesse des Staates.

Man müsse auf die Frage des Eherechts hören, wenn man sich mit der Frage der Ehescheidung beschäftigen wolle. Von jeder Seite sei es wichtiger Grund gegeben worden und müsse es auch ewig bleiben, daß das Gemeinwohl über alles gehe. Weil ein Teil des Volkes es so haben wolle, könnten die Ehescheidungsparagrafen nicht geändert werden. Das würde den sehr großen

anderen Teil, vor allem die unzähligen überzeugten Christen verewaltigen. Gerade in den Staaten, wo der Eherechtsgrund als Ehescheidungsgrund zugelassen sei, hätten die Ehescheidungen in erschreckendem Maße zugenommen. Die katholischen Christen könnten die Ehe dem Grunde nach nicht lösen. Christus habe es so bestimmt, weil es für das Gemeinwohl der Menschen notwendig sei. Es sei ganz klar, daß diejenigen, die die Ehereform so eifrig forderten, bei dem möglicherweise erreichten Ziel nicht stehenbleiben würden. Die Ehescheidungsreform werde deshalb die Ehereinrichtungen zur Volksherrschung Deutschlands.

So sehr man auch die unglücklichen Menschen bedauere, die die Banden ihrer Ehe als Fessel empfänden, so müsse man doch auch an die unglücklichen Kinder denken, die unter der Ehescheidung am meisten zu leiden hätten. Als höchster Grundsatze müsse immer das Wort befehlen bleiben: „Salus publica suprema lex.“

Stahlhelm und Reichsehrenmal.

— Magdeburg, 28. April.

Die Korrespondenz des Stahlhelms und Reichsehrenmal schreibt dazu, die Frontkämpferverbände, die seit Jahren für ein Ehrenmal bei Berlin eingetreten seien, hätten nach wie vor an diesem Vorschlage zur Ehescheidung ihrer im Weltkrieg gefallenen Kameraden fest und wüßten, daß der Reichspräsident hinter ihnen stehe. Der Reichsausschuß, der Verta abgelehnt habe, sei eine private Gründung, die für die Entscheidung über die Frage des Reichsehrenmals keinerlei Kompetenz habe. Im dem Ehescheidungsdekret der im Reichsausschuß mitwirkenden Parteien jedoch nicht im Wege zu sein, würden die deutschen Frontsoldaten der Ausgestaltung der feste Ehrenbreitstein zu einem Freiheitsmal am Rhein zuführen, ohne allerdings die in der Denkschrift des Reichsausschusses angelegte Befestigung des militärischen Charakters dieses Bauwerkes für notwendig oder garwünschenswert zu halten.

Bodenreformertag in Würzburg.

— Würzburg, 28. April.

Unter Teilnahme von etwa 600 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands wurde in Würzburg der 33. deutsche Bodenreformertag eröffnet. Nach Eröffnung des Jahresberichts, der ein günstiges Bild der Bewegung entwarf, fand die Wahl des Vorstandes statt, bei der der alte Vorstand mit Prof. Dr. Damajohle an der Spitze wiedergewählt wurde. Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung wurde vor allem die Frage erörtert, wie man der Überfremdung des deutschen Bodens wirksam entgegenzutreten und ihn vor den ausländischen Spekulationen schützen kann. Die wirksamste Waffe gegen diese Auswüchse sah die Versammlung in der Verwirklichung des Art. 155 der Reichsverfassung.

Wolff Damajohle, der Präsident des Bundes und der Vorsitzende des Beirats für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium, erinnerte daran, daß der kürzlich verlebte Großadmiral von Tirpitz in Kriegerzeit die erste Bodenreform-Gemeinde der Welt aufgebaut habe. Das Aufblühen Tingsaus, das mit dieser Politik zu verstanden sei, sei noch in Erinnerung; Tingsaus sei von der 36. Stelle unter den Häfen Danzigs zu siebenen emporgestiegen. Keine Einkommen, Gewerbe oder Industrien sei in dieser Hinterstätte deutscher Kultur erforderlich gewesen.

Nedter erwähnte dann die Vorgänge bei den Berliner Grundstücksäufen und kritisierte, daß ein Zwischenhändler beim Verkauf von Doppel-Drillenden in zwei Jahren 1,1 Millionen Mark verdienen konnte. Da 80 v. H. der deutschen Familien mit einem Jahreseinkommen von weniger als 3000 Mark auskommen müßten, müßte eine solche Familie 350 Jahre arbeiten, um einen ähnlichen Gewinn erzielen zu können. Unfruchtbar wäre es, wollte man nur einzelne Personen angreifen, helfen könne nur ein Wohnheimstättenwesen.

Weitere Vorträge hielten u. a. D. Mann über „Heimstättenfrage in ihrer religiös-ethischen Bedeutung“ und der frühere Reichsgerichtspräsident Simon über „Heimstättenfrage und Strafrechtsreform“. In einer zweiten Veranstaltung stellte ein Film: „Die Stadt von morgen“, dem Worte von Hermann Janßen-Berlin, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule, voraus. — Janßen hat seinen Teil des Preises für den großen Plan zum Ausbau der neuen türkischen Hauptstadt Angora erhalten.